

# Haushaltsrede 2026

von Axel Jäger

Sehr geehrte Frau Pfründer, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Vertreterin der Presse.

Die Bundesregierung hat vor wenigen Monaten vollmundig einen „Herbst der Reformen“ angekündigt. Bislang scheint der große Wurf aus Kommunalen Sicht noch nicht gelungen- die Nachrichten über Kommunen, die finanziell mit dem Rücken zur Wand stehen, hören nicht auf.

Wir Kommunen stecken in einer schweren Finanzkrise. Dies rührt daher, dass Bund und Länder uns Aufgaben übertragen, aber nicht für die vollen Kosten der Erfüllung aufkommen.

Da auch wir in Lauffen dies immer wieder beklagen, habe ich mich schlau gemacht, wie andere Kommunen damit umgehen. Für die Stadt Stuttgart wurde die Rechtsstellung für das Konvexitätsprinzip Gerichtlich geprüft. Hier stellte sich heraus, dass der Bund per Gesetz bestimmte Leistungen definiert, für die Ausgestaltung der Details und damit den Vollzug aber die Länder zuständig sind- und diese geben die Aufgaben an die Gemeinden weiter. Aber dies teilweise ohne ausreichend Finanzielle Mittel.

Der Bund hat Mangels unmittelbarer Finanzbeziehungen keine Möglichkeit, den Gemeinden direkt Mittel zur Verfügung zu stellen. Und hier denke ich muss in den nächsten Jahren eine Lösung zu Gunsten der Gemeinden erarbeitet werden.

Deutschland steckt mitten in der heftigsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten.

38 Prozent der Betriebe wollen Stellen abbauen, in der Automobilbranche sind mindestens acht Werke gefährdet und die Unternehmensinsolvenzen steigen und steigen.

Es wird viel nachgedacht und umgedacht, aber wenig zu Ende gedacht.

An Versuchen, mögliche künftige Entwicklungen durch Ermittlung der Zusammenhänge, der Kausalitäten und Wechselwirkungen darzustellen, herrscht Mangel. Das ist nicht verwunderlich: Der Mensch zweifelt nicht gerne an dem, was er bereits zu Wissen meint, und hört gewöhnlich dann zu Denken auf, wenn ihm das Ergebnis seiner Geistigen Bemühungen besonders gut gefällt. Jedoch arbeiten Ungereimtheiten im Unterbewusstsein und lösen Unbehagen aus.

Das Unbehagen der Bürger hat zwei Ursachen. Erstens Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass es auf lange Sicht nicht so weitergehen kann, wie wir das aus der Vergangenheit gewohnt sind.

Zweitens Die Widersprüche zwischen politischen Positionen und Ansichten werden immer offensichtlicher, besonders die zwischen Wollen und Können.

Ich denke mit Blick auf unsere MifriFi, dass wir in den nächsten Jahren zwar viel wollen, aber allein am können wird es scheitern. Vielleicht müssen wir auch die Kanalbrücke, nachdem wir im letzten Jahr den Stahlträger eingesetzt haben, noch ein paar Jahre schieben und hoffen, dass sich in den Jahren das wollen durch eine verbesserte Finanzsituation darstellen lässt.

Trends die sich auf Dauer nicht fortsetzen dürfen.

Die Fortschreibung dieser Trends führt langfristig zur Kollision der Ergebnisse. Folge: Es geht langfristig so, wie gegenwärtig gewohnt nicht weiter.

Mit den Worten von Ex OB Rommel:

Wenn mehrere Personen ein Ganzes so verteilen wollen, dass zehn je ein Viertel bekommen, und einer weiß, dass das nicht geht, aber überstimmt wird. Oder der hartnäckige versuch, aus einer Ein-Liter Flasche zwei Liter auszuschenken.

Ausgerechnet aus der Schweiz, die uns Deutschen selten wohlgesonnen ist, kommt die gute Nachricht für das neue Jahr: Wir stehen besser da als gedacht! Ganze 15 Gründe listet die Neue Zürcher Zeitung auf, die uns Hoffnung machen. Angefangen vom Ausbau der erneuerbaren Energie über Forschung und Innovationen bis zur Digitalisierung der Gesundheitsämter – Deutschland steht vor einer technologisch besseren Zukunft.

Noch vor wenigen Wochen war der deutsche Zukunftsoptimismus auf einem Tiefstand. Nicht einmal jeder Dritte war Ende November 2025 der Meinung, dass sich Deutschland in den kommenden 10 Jahren positiv entwickelt, so eine Allensbach-Befragung. Eine immer größer werdende Mehrheit glaubt daran, dass sich die Probleme lösen lassen, wenn die Kräfte gebündelt werden. Zwei Drittel der Deutschen und drei Viertel, der unter 45-Jährigen sind, heute neugierig auf die Zukunft und gespannt, was der technologische Fortschritt mit sich bringt und verändert. Technologische Innovationen sind nicht mehr vor allem Autos und Maschinen, sondern Medizin, Pharma, Chemie, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Gentechnik.

Digitalisierung, Künstliche Intelligenz führen zu mehr Effizienz, Bürgernähe und Lebenserwartung. Bund, Länder und Kommunen betreiben und leisten sich um die 8.000 Portale, die von unterschiedlichen Anbietern programmiert sind und leider nicht miteinander kommunizieren. Hier gilt es Abhilfe zu schaffen.

Bürokratieabbau und ein digitalisierter (Sozial-)Staat führen zu mehr Gerechtigkeit und weniger Kosten. Mehr als 500 Sozialleistungen gibt es bundesweit. Die 12 Sozialgesetzbücher umfassen mehr als 3.000 Paragraphen. Die Folge: Die Sozialausgaben sind seit der deutschen Einheit von 25 auf 31 Prozent gestiegen, obwohl es seitdem keinen signifikanten Anstieg der Armut gab. Allein die Verwaltung des Bürgergelds kostet fünf Milliarden Euro im Jahr.

Bürokratieabbau muss aber auch bei uns vor Ort geschehen. Wir Deutschen und da zählen wir in Lauffen ja auch dazu, neigen dazu alles regulieren zu müssen. Wir vermieten einen Raum der Stadt und müssen eine Verordnung mit mehreren Seiten erlassen in welcher nichts anderes geregelt ist als das, was eigentlich selbstverständlich sein sollte. Ebenso sieht es mit dem rollenden sowie dem Ruhenden Verkehr aus. Ohne Schilder und Verordnungen geht nichts mehr und die Kontrollen kosten.

Keine Frage, weder die Weltlage noch der massive Reformbedarf in Deutschland geben Anlass zur Freude. Doch sie existieren noch, die erfreulichen Nachrichten-sie gehen nur meist in der allgemeinen Shitstorm Mentalität unter. Wer der Pessimismus Spirale entgehen möchte, kann auf [goodnews.eu](https://goodnews.eu) täglich neue Meldungen zu erfreulichen Entwicklungen finden.

Der frühere Mannheimer OB Peter Kurz fordert ein Umdenken in Politik und Verwaltung: Statt immer neuer Standards brauche Deutschland endlich zielorientiertes Handeln und mehr Vertrauen in kommunale Gestaltungskraft. Bürokratieabbau, sagt er, sei keine Aufgabe einzelner Ministerien, sondern eine Haltung, die alle Ebenen durchdringen müsse. Ohne finanzielle Entlastung und echte Mitsprache der Kommunen bleibe jede Reform Stückwerk.

Schon zum Jahresausklang hatte ich erwähnt, dass ich nicht unglücklich darüber war, dass sich der Neubau der Rathausbrücke um ein Jahr verschoben hat. So hatten wir etwas Luft oder besser gesagt Euros in 2025, um kurz durchzuatmen.

Auch unser Haushalt 2026 liegt noch im erfreulichen Bereich, nicht so die Mittelfristige Finanzplanung mit dem Schock einer Verschuldung von ca. 19 Mio. Euro im Jahre 2029.

Das dies so nicht kommen kann und darf ist uns allen bewusst.

Aber sehen wir uns die Konsolidierung im vergangenen Jahr an. Verwaltung und Gemeinderat haben zusammen, zum Teil sofort aber auch mittelfristig und langfristig und mit einer 10prozentigen Haushaltssperre ca. 1 Mio. Euro eingespart. Diese Einsparung wurde im letzten Jahr alleine durch den Wegfall von 1 Mio. Euro Gewerbesteuer egalisiert.

Zum Glück ist es uns da nicht wie beim Nachbarn Neckarwestheim ergangen, wo die Rückzahlungen die Einnahmen kurz einmal geschluckt haben.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf, der Haushaltssatzung sowie dem Mittelfristigen Finanzplan zu, immer mit der Maßgabe der Finanzierbarkeit.

Danken möchten wir Herrn Schuh und Frau Karle sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Erstellung des Haushalts beteiligt waren.

Dank geht auch an Sie Frau Pfründer sowie euch liebe Kolleginnen und Kollegen für die stets konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Mit dem Wunsch weiter so.